

Antrag

der AfD-Fraktion

Sonderwirtschaftszone Lausitz einrichten

Der Landtag stellt fest:

Deutschland ist durch historisch gewachsene industrielle Zonen und Branchen geprägt und wirtschaftlich stark geworden. Die Lausitz ist ein Zentrum eines Wohlstandsgürtels von Thüringen bis Schlesien gewesen, der in seinen Kernen vor dem Ersten Weltkrieg zu den reichsten Regionen der Erde zählte.

Bereits seit dem 16. Jahrhundert waren die dortigen Städte durch Bürgerfleiß geradezu vorbildliche Orte für Innovation.

Die Lausitz steht vor ernsthaften Herausforderungen. Durch energie- und finanzpolitische Entscheidungen des Bundes wird der Strukturwandel einerseits verstärkt und erschwert, andererseits sollen durch quasi planwirtschaftliche Hilfen wieder die Bedingungen für die Bevölkerung erleichtert werden.

Aus diesem selbst verschuldeten Dilemma müssen wir nichtsdestotrotz heraus und so konstruktiv wie möglich damit umgehen. Regionen die durch ein Übergewicht einzelner Industriezweige z. B. dem Kohlebergbau geprägt sind, durch demografischen Wandel und Bindungsschwäche für kreative junge Menschen sollen Felder des Aufbruchs werden.

Andere Länder erzielen mit unterschiedlich aufgebauten Sonderwirtschaftszonen und Wissenschaftsparks bereits seit vielen Jahren beachtliche Ergebnisse. In räumlich abgegrenzten Regionen gelten erleichterte rechtliche und administrative Bedingungen für Investoren/Gründer/Unternehmer und es gibt Unterstützung beim Aufbau von Infrastruktur. Deutschland hat auf diesem Gebiet bislang noch keine eigenen Erfahrungen.

Brandenburg sollte vorangehen und der im Fokus stehenden, so gebeutelten wie zukunftsfähigen Lausitz eine räumlich abgegrenzte Sonderwirtschaftszone errichten. Ein Experimentierterritorium für Innovation, in dem es schließlich in einer digitalen Freiheitszone Voraussetzungen dafür gibt, innovative Produkte und Dienstleistungen unter realen Bedingungen in Reallaboren zu testen.

Die Bildungslandschaft der Lausitz und ihre historische Stellung sind Voraussetzung und Ansporn, hier mit der ersten Sonderwirtschaftszone Deutschlands zu beginnen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, sich in Kooperation mit Bund und Kommunen dafür einzusetzen:

1. Dass die historische Region Lausitz als Sonderwirtschaftszone ausgewiesen wird. Es gilt diese in den langfristigen Fokus der künftigen Fördermaßnahmen einzubetten und in ihr bestehende Regulierungen und Vorschriften zu streichen oder zu lockern sowie durch Ausnahmeregelungen regulatorische Freiheiten zu schaffen, Bürokratie zu straffen, Vorschriften zu vereinfachen oder temporär auszusetzen.
2. Dass in der SWZ ein bürokratiefreier Fünfjahreszeitraum ab dem Jahr 2022 für Gründungen geschaffen wird und Zulassungs- und Servicegebühren wie beispielsweise bei der Gewerbeanmeldung, Eintrag ins Handelsregister usw. auf ein symbolisches Minimum gesenkt werden.
3. Dass so umfassend wie möglich die kommunale und Landkreisverwaltung vorbildlich als bundesweites Vorzeigeprojekt digitalisiert wird.
4. Dass Flächennutzungsplanungen, Bau- und weitere Genehmigungsverfahren erleichtert und dazu Ausnahmen im Bau- und Verwaltungsrecht zugelassen werden.
5. Dass Öffnungen im Arbeits- und Sozialrecht innovationsförderliche Arbeitszeiten, Arbeitsorte und Arbeitszeitsouveränität gewährleisten können.
6. Dass Ertragssteuern bürokratiefrei für fünf Jahre ausgesetzt und niedrigere Steuersätze einzuführen sind: Einkommens-, Körperschafts- oder Gewerbesteuer sollen für neu gegründete Unternehmen spürbar gesenkt werden.
7. Dass Bauland und Gebäudeinfrastruktur in der SWZ wenn möglich durch die öffentliche Hand zu günstigen Bedingungen zur Nutzung bzw. zum Erwerb zur Verfügung stehen.
8. Dass die Ansiedlung von Unternehmen in vielfach bereits vorhandenen, historischen Gebäudekomplexen so zu organisieren ist, dass die SWZ auch architektonisch vorbildhaft sichtbar wird.
9. Dass eine auch sozialwissenschaftliche Vernetzung mit dem Land Nordrhein-Westfalen bzw. der Region Ruhr zu fördern ist, um Erfahrungen der SWZ, aber auch Gefahren des Scheiterns von Wandel in altindustriell geprägten Regionen aufzuarbeiten.
10. Dass den Bildungsanstalten aller Art höchstmögliche Autonomie- und Freiheitsrechte zu gewähren und sie zu ertüchtigen sind, alle Studiengänge sowie Lehr- und Lernangebote entsprechend den Möglichkeiten der SWZ weiterentwickeln können.
11. Dass Möglichkeiten zu eröffnen sind, Reallabore für unterschiedliche Anwendungsfelder zu etablieren und dabei technische, soziale und regulatorische Neuerungen zu erproben. In den digitalen Freiheitszonen den Ausbau von Gigabit-Infrastruktur sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk deutlich zu beschleunigen.

12. Dass die Nutzung von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen gegen den Geist der Treuhand für Start-ups in der SWZ zu fördern ist.
13. Dass Möglichkeiten, wie die Mobilisierung von mehr privatem Kapital in Deutschland gelingen könnte, in der SWZ eruiert werden und z. B. die Einrichtung eines „Nationalen Zukunftsfonds“, der sich am Vorbild des dänischen Vækstfonden orientiert, geprüft und erarbeitet wird.
14. Dass in der SWZ Lausitz ein Kooperations- und Forschungszentrum über und mit europäischen SWZ und Wissenschaftsparks in den Nachbarländern Deutschlands zu errichten ist.

Begründung:

Die Einführung einer Sonderwirtschaftszone Lausitz in Brandenburg weckt Erinnerungen an die Debatte Anfang der 2000er Jahre, in der die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in den fünf neuen Bundesländern debattiert wurde. Damals ging es um weitreichende Deregulierungsvorstellungen, insbesondere nach unten abweichende tarif- und arbeitsrechtliche Regelungen. Der berechtigte Widerstand dagegen führte zusammen mit den komplizierten rechtlichen Fragestellungen schließlich dazu, dass die Pläne fallen gelassen wurden.

Solche Zonen finden sich auch bei unseren europäischen Nachbarn. So ist der französische Wissenschaftspark „Sophia Antipolis“ einer der ältesten Wissenschaftsparks weltweit. In Polen wurden 1994 Sonderwirtschaftszonen gegründet – vor allem mit dem Ziel, ausländische Investoren anzulocken. Derzeit gibt es 14 „Industrieparks mit Sonderkonditionen“, dazu hunderte angegliederte Subzonen. Die staatlichen Förderungen wurden bis zum Jahr 2026 beschlossen. Mittlerweile wurden die Vorschriften geändert, auch um heimische KMU stärker zu fördern.

Es ist nicht hinzunehmen, dass in Deutschland im 21. Jahrhundert Schüler und Interessierte über China besser Bescheid wissen, als über Mittel und Wege von Nachbarländern und kulturellen Partnern.

Für die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone Lausitz spricht hierzulande eben auch die Unerfahrenheit in SWZ. Es braucht hier einen mächtigen Anstoß, eine Gelegenheit und eine Region, die in der Bündelung aktueller Probleme und ihrer wirtschaftshistorischen Bedeutung dazu einlädt, in Deutschland diesen Schritt zu tun.